

Quelle: NZZ vom 16.2.2018

Post-Präsident leitet Untersuchung selbst

Task-Force soll Postauto-Affäre durchleuchten
Mithilfe externer Fachleute will Post-Verwaltungsratspräsident Urs Schwaller die illegale Buchungspraxis der Postauto AG aufklären. Geschäftsleiterin Susanne Ruoff behält die operative Führung der Post.

Lukas Mäder, Bern

Urs Schwaller ist angetreten, um das Vertrauen in die Post wiederherzustellen. Der Verwaltungsratspräsident des Postkonzerns hat vor den Medien das Versprechen abgegeben, dass er die Trickereien im Postauto-Bereich rasch und umfassend aufklären werde. «Das Ansehen der Post hat grossen Schaden erlitten», sagte er. Als Verwaltungsratspräsident entschuldige er sich dafür bei den Kunden und den Mitarbeitern. Nun soll eine Task-Force von Experten, die Schwaller direkt unterstellt sind, bis im Mai Klarheit über die Vorgänge bringen.

Mit Schwaller ist erstmals ein Mitglied der Post-Spitze an die Öffentlichkeit getreten, seit die unzulässigen Gewinne der Post im subventionierten Personenverkehr vor gut einer Woche bekanntgeworden waren. Er hat Fehler eingestanden und um Entschuldigung gebeten. Das stösst bei den Verkehrspolitikern auf Anerkennung. «Schwaller scheint das Ausmass des Falls erkannt zu haben und übernimmt jetzt die Führung bei der Aufarbeitung», sagt SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher. Die Bevölkerung habe ein Anrecht darauf, dass die Vorgänge bei der Postauto AG und im gesamten Konzern lückenlos aufgeklärt würden, findet CVP-Nationalrat Martin Candinas. «Ich nehme Schwaller beim Wort.»

Fragen zur Unabhängigkeit

Mit dem Entscheid des Verwaltungsrats, auf eine externe Leitung der Untersuchung zu verzichten, steht Schwaller in der Verantwortung. Er sei die richtige Person dafür, sagte der frühere CVP-Ständerat über sich selbst – dies, weil er Jurist sei und weil er erst seit dem Frühjahr 2016 im Verwaltungsrat der Post sitze. Die angekündigte

Untersuchung beschäftigt sich nur mit den Vorgängen zwischen 2007 und 2015, für welche die Post ihr Fehlverhalten anerkannt hat.

Allerdings sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Post und dem Bundesamt für Verkehr als Aufsichtsorgan noch nicht ausgeräumt. Die Frage der Gewinne im subventionierten Verkehr fällt damit auch in Schwallers Amtszeit. Unabhängig davon kritisiert FDP-Nationalrat Thierry Burkart die Entscheidung: «Ich finde es nicht gut, dass der Verwaltungsratspräsident die Untersuchung koordiniert und leitet.» Im Sinne der Unabhängigkeit hätte er eine komplett externe Untersuchung bevorzugt.

Die Überprüfung der Vorgänge zwischen 2007 und 2015 ist bereits angelaufen. Inzwischen seien 300 000 Belege inklusive Dokumenten und E-Mails gerichtsfest erfasst worden, sagte Schwaller. Sie sollen die Datenbasis bilden, um die Buchungen nachzuvollziehen. Die Daten stünden auch den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung. An seiner Sitzung vom Mittwoch hatte der Verwaltungsrat bereits einen ersten Zwischenbericht mit den externen Experten diskutiert, wie Schwaller sagte. «Sie haben betont, dass es sich erst um vorläufige Ergebnisse handle.»

Unschuldsvermutung für Ruoff

Vor diesem Hintergrund hält der Verwaltungsrat auch weiterhin an der Post-Chefin Susanne Ruoff fest. Sie habe das Vertrauen und die Unterstützung des Verwaltungsrats, sagte Schwaller. Ruoff werde sich aber vollständig aus der Untersuchung heraushalten und sich auf die operative Führung des Konzerns konzentrieren. Für Ruoff wie auch für andere Führungspersonen der Post gelte die Unschuldsvermutung, betonte Schwaller und sprach von Vorverurteilungen in den Medien.

Doch nach dem Ende der Untersuchungen in einigen Monaten könnte es durchaus zu personellen Konsequenzen kommen. Es habe sich um ein Systemproblem gehandelt, bei dem verschiedene Führungs- und Kontrollinstanzen versagt hätten, sagte Schwaller. «Deshalb wird sich die Frage der Verantwortlichkeit sicher wieder stellen.» Als eher symbolische Massnahme erhalten Ruoff sowie die Postauto-Geschäftsleitung für 2017 ihren variablen Lohnanteil noch nicht ausbezahlt. Schwaller betonte, dass abhängig von den Erkenntnissen auch die Boni für frühere Jahre zurückgefordert würden.

Der Postauto-Bereich erhält ad interim eine Führung, bestehend aus einem Expertenteam. Die Suche nach einem neuen Leiter ist laut Schwaller schon weit fortgeschritten. Zusätzlich unterzieht der Verwaltungsrat die Postauto-Tochter einer gründlichen Überprüfung. Sowohl die internen Governance-Richtlinien wie auch die gesamte Strategie des Geschäftsfeldes werden angeschaut.

Doch es geht nicht nur um die Aufarbeitung der Vergangenheit. Mit der Neustrukturierung des Postauto-Bereichs auf Anfang 2016 wollte der Konzern ein Transferpreiskonzept einführen, das die internen Verrechnungen regelt. Doch das Bundesamt für Verkehr ist damit nicht einverstanden – genau wegen der Frage von unzulässigen Gewinnen im subventionierten Personenverkehr. Der Verwaltungsrat will, dass dieses Konzept unbedingt bis Mitte Jahr genehmigt ist. Schwaller sagte, in seiner Amtszeit als Verwaltungsratspräsident sei der sogenannte Zielkonflikt bei Gewinnen im subventionierten Bereich noch nie ein Thema gewesen. Jetzt wird er Chefsache.